

Irland

Nicholas Rees

In Irland haben Fianna Fáil (FF) und die Progressive Democrats (PD) ihre Koalition unter dem Vorsitz von Premierminister (Taoiseach) Bertie Ahern fortgesetzt. Gesundheitsministerin und stellvertretende Premierministerin (Tánaiste) Mary Harney trat als Vorsitzende der PD zurück, ihr folgte Michael McDowell im Vorsitz, während Dermot Ahern Außenminister blieb. Die irische Innenpolitik wurde von mehreren politischen Skandalen überschattet, darunter das Ergebnis des Moriarty Tribunal, das den früheren Premierminister Charles Haughey für schuldig befand, seine Position in der Regierung missbraucht zu haben, und das Mahon Tribunal, das geplante Missbräuche und Zahlungen an Politiker aufdeckte.¹ Trotz dieser Vorwürfe stieg die Unterstützung für Bertie Ahern und Fianna Fáil im Oktober 2006 noch an.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft setzte ihren Aufschwung mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt fort, dessen Wachstum 2006 auf 7,6% geschätzt wurde, mit einer Inflationsrate von 2,5%, aber auch mit einer um geschätzte 0,2% gesunkenen Produktivität.² Im Bau- und Dienstleistungssektor stieg die Beschäftigung, in den Bereichen Landwirtschaft und Industrie sank sie geringfügig. Insgesamt stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 94.000 Beschäftigte (5%). Unter der Oberfläche dieses Wachstums sahen Analytiker jedoch als beunruhigende Entwicklungen, dass die private Verschuldung alarmierend anstieg (+26%) und dass die Regierungsausgaben um 11,5% gestiegen waren, die Steuereinnahmen aber nur um 7,8%. Gegen Ende des Jahres gab es Bedenken über sinkende Produktion und Verarbeitung und darüber, dass die irische Wirtschaft angesichts hoher Kosten nicht wettbewerbsfähig genug war, um neue Industrien anzuziehen.³ Einige Kommentatoren betonten in den Medien, dass die irische wirtschaftliche Prosperität besonders ungleich verteilt war: unter 18 westlichen Staaten nahm Irland Platz 17 ein, was Armut betrifft, und Platz zwei, was Ungleichheit anbelangt.⁴ Andere innenpolitische Themen, die in den Medien sehr präsent waren und die öffentliche Bedenken laut werden ließen, waren die steigenden Zahlen ausländischer Arbeitskräfte und die Behandlung von Einwanderern. Nach der Erweiterungsrunde von 2004 war Irland eines von nur drei Ländern, das seinen Arbeitsmarkt für alle neuen EU-Mitgliedstaaten geöffnet hatte, was zu einem erheblichen Zustrom von Arbeitssuchenden aus Osteuropa führte.

Übersetzt aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 A year of learning about ourselves, in: Irish Times, 27.12.2006, Editorial.

2 Coleman, Marc: Feel-good factor falters in spite of strong growth, in: Irish Times, 30.12.2006, S. 3.

3 Action needed on weakening economy, in: Irish Times, 24.11.2005, Editorial; FitzGerald, Garret: Escaping, if lucky, dangers outlined by ESRI, in: Irish Times, 31.12.2005.

4 Annual UN Development Programme Report (2006), in: Irish Times, 27.12.2006.

Außenminister Dermot Ahern signalisierte, dass die irische Außenpolitik Ende 2006 in eine neue Phase eintreten würde. Nach einer ersten Phase der Sicherstellung von Souveränität und internationaler Anerkennung und einer zweiten Phase von Frieden und Wohlstand auf der Insel stünde jetzt eine dritte Phase auf der Grundlage des Konzepts aktiver Neutralität an.⁵ Irland wäre bereit, sich aktiver und früher in humanitären Krisen zu engagieren, sich auch weiterhin an Bemühungen zur Friedenssicherung zu beteiligen und seine Hilfeleistungen auf noch mehr Staaten auszuweiten. In ihrem ersten Weißbuch zur Entwicklungspolitik überhaupt verpflichtete sich die Regierung im Jahr 2006 unter anderem zu neuen, weit reichenden Maßnahmen und Initiativen, die die steigende Einbindung und die wachsenden Ausgaben Irlands in internationalen Entwicklungsfragen widerspiegeln. Auch einige neue Elemente waren in diesem Weißbuch zu finden: eine neue „Rapid Response Initiative“ für Reaktionen in akuten Krisenfällen, eine eigene „Conflict Resolution Unit“ im Außenministerium, eine „Hunger Task Force“ und ein „Irish Aid Information and Volunteering Centre“.

Das irische Parlament (Oireachtas) befasste sich viel mit Europa, vor allem mit der Zukunft Europas, der Erweiterung durch Bulgarien und Rumänien und den Außenbeziehungen der EU. Im Laufe des Jahres ratifizierte das Parlament den European Communities (Amendment) Act, der den Beitritt von Bulgarien und Rumänien ermöglichte. Die Ratifizierung des Beitrittsvertrages wurde im Oktober in Rom hinterlegt. Die Aktivitäten des Joint Committee on European Affairs zielten darauf ab, das nationale Bewusstsein für europäische Themen im Lande zu stärken. Dazu gehörten Debatten, die sich mit Immigrationsfragen, der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit der Erweiterung durch Bulgarien und Rumänien befassten. Auch die Rolle der nationalen Parlamente im EU-Entscheidungsprozess, die Zukunft des Verfassungsvertrags und verschiedene Aspekte der EU-Außenbeziehungen wurden mit einbezogen.

Die Europadebatte

Die irische Regierung vertrat die Position, dass der Verfassungsvertrag weitgehend in der Form ratifiziert werden sollte, wie die Mitgliedstaaten ihn zuvor beschlossen hatten, und sie widersetzte sich einer tief greifenden Umarbeitung des Textes. In dieser Zeit aktivierte Irland einige bilaterale Kontakte und tauschte sich mit den europäischen Schlüsselländern, darunter auch mit den kommenden EU-Ratspräsidenten Finnland und Deutschland, aus. In der Reflexionsphase konzentrierte sich die irische Debatte vor allem auf das National Forum on Europe. Dieses Forum war damit beauftragt, die Debatte im Parlament und auf Regierungsebene in Irland voranzutreiben. Das National Forum on Europe setzte seine Arbeit das ganze Jahr hindurch fort mit mehreren Plenarsitzungen in Dublin Castle und mit Veranstaltungen im ganzen Land. Im Mai legte das Forum seinen Jahresbericht für die Zeit seit Juli 2005 vor. Im Juni debattierte das Parlament den Bericht im Anschluss an den Europäischen Rat, in dem es Irlands Bindung an Europa als einzige Option für die Zukunft wiederholte. Das Außenministerium finanzierte durch seine Communicating Europe-Initiativen landesweit eine Reihe von Veranstaltungen. Das Weißbuch der Regierung zu Europa wurde überarbeitet. In Grundsatzreden vor der Europäischen Kommission und dem

5 De Bréadún, Deaglán: Foreign policy entering a new phase, in: Irish Times, 29.12.2006.

Europäischen Parlament legte der Premierminister im November 2006 die irische Position zur Zukunft Europas dar.⁶

In europäischen Debatten setzten irische Vertreter ihren Unterstützungskurs für den Erweiterungsprozess fort, auch wenn einige Bedenken darüber geäußert wurden, ob künftige Erweiterungen ohne eine institutionelle Reform der EU lebensfähig wären. Irland war einer der größten Nutznießer der Erweiterung angesichts der großen Zahl von billigen Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten (Polen, Litauen, Lettland und Slowakei).⁷ Doch die anstehende Erweiterung durch Bulgarien und Rumänien führte in den Medien zu Warnungen vor einem weiteren Zustrom von Arbeitskräften und schlussendlich beschloss die Regierung Restriktionen für die Zuwanderung aus diesen Ländern nach Irland.

Die irische Beteiligung an den sich im Aufbau befindenden Gefechtsverbänden der Europäischen Union wurde sowohl im Parlament, als auch in den Medien diskutiert. Im Lauf des Jahres 2006 wurde die Defence (Amendment) Bill im Parlament eingebracht, um irische Truppen auch außerhalb der Landesgrenzen einsetzen zu können und so die Interoperabilität mit anderen Streitkräften zu verbessern und um sicherzustellen, dass irische Truppen an humanitären Einsätzen teilnehmen können. Das Gesetz definierte den Begriff „internationale Organisation“, um die Zuteilung von militärischem Personal an verschiedene internationale und regionale Organisationen abzusichern. Der Regierung versicherte der Öffentlichkeit, dass die für die Entsendung notwendige „dreifache Absicherung“ durch die Vereinten Nationen, die Regierung und die Zustimmung des Parlamentes zu jeder Zeit gewahrt bleiben werde.

Weiterhin wurde in Medien und Parlament die andauernde Nutzung des Flughafens Shannon durch die Amerikaner für den Transport ihrer Truppen in den Mittleren Osten diskutiert, ebenso die Frage der so genannten Verschleppungsflüge. Im Februar bat der Generalsekretär des Europarates alle Mitgliedstaaten mit einem Fragebogen um Informationen bezüglich geheimer Gefängnisse und Verschleppungsflüge.⁸ Die Regierung antwortete, dass sie weder durch Aktion, noch durch Unterlassung an derartigen Verschleppungen beteiligt gewesen sei und erklärte ihre vollständige Ablehnung derartiger Praktiken. Im November nahm der Außenminister an der Anhörung des Europaparlamentes zu Vorwürfen außerordentlicher Verschleppung teil, wo er die irische Position zu Verschleppung wiederholte und bestätigte, dass der Regierung von den US-Behörden versichert worden war, dass Shannon nicht für derartige Zwecke genutzt worden sei.⁹

Irland unterstützte die EU bei ihrer Mitwirkung im Zusammenhang mit dem Iran, dem Wahlsieg der Hamas, dem Libanon und dem Sudan (Darfur). Die irische Außenpolitik orientierte sich traditionell an der Unterstützung der Bemühungen der UNO für die friedliche Lösung von Konflikten, vor allem angesichts der eigenen Geschichte mit dem Konflikt

6 Das Treffen mit der Kommission fand am 8. November 2006 statt, das mit dem Parlament am 29. November 2006 in Brüssel. Bei beiden Gelegenheiten wiederholte der Premierminister die irische Unterstützung für den bestehenden Verfassungsvertrag und bezeichnete es als einen Fehler, den Vertrag neu zu verhandeln oder einen gekürzten Vertrag zu akzeptieren.

7 Ebenso war Irland einer der wenigen Staaten, die 2004 den Bürgern der neuen Mitgliedstaaten den freien Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt ermöglichten, obwohl in Zeitungen und von Seiten des Economic and Social Research Institute (ESRI) gefordert wurde, 2007 den Zustrom von Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien zu begrenzen.

8 Die Anfrage erfolgte nach Art. 52 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

9 Das Europaparlament hatte eine nichtständige Kommission eingesetzt, um diese Vorwürfe im Januar 2006 zu untersuchen.

in Nordirland und dem Erfolg dieses Friedensprozesses im Laufe des Jahres. Im Juli besuchte Außenminister Dermot Ahern Darfur und ließ die sudanesishe Regierung unmissverständlich wissen, dass sie eine internationale Friedenstruppe mit einem robusten Mandat akzeptieren müsse. Irland war auch maßgeblich daran beteiligt, die Katastrophe in Darfur ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, indem es eine EU-Initiative für die Einberufung einer Sondersitzung des Menschenrechtsrates in Genf unterstützte, um die Menschenrechtssituation in Darfur zu erörtern. Im Zusammenhang mit der Krise, die durch den Wahlsieg der militanten Hamas am 25. Januar 2006 in den Palästinensergebieten entstanden war, wiederholte die irische Regierung ihre Unterstützung für das palästinensische Volk und stellte Gelder für humanitäre Hilfe zur Verfügung. Gleichzeitig forderte sie konstruktive Schritte von der Hamas. Außerdem betonte sie die Notwendigkeit einer Lösung des Problems, das aus der Entscheidung der israelischen Regierung entstanden war, 50 Mio. US-Dollar zurückzuhalten, die sie für die Palästinenserbehörde an Steuern und Zöllen eingenommen hatte.¹⁰ Irland unterstützte auch die Entsendung einer UN-Mission in den Libanon. Auf Bitten der UNO erklärte sich Irland bereit, Personal der Streitkräfte für die 15.000 Mann starke UNIFIL-Truppe bereitzustellen. Im Oktober stimmte das Unterhaus im irischen Parlament dem Antrag zu, dass die Regierung Verteidigungskräfte für UNIFIL zur Verfügung stellt. 150 Mann wurden im Oktober zusammen mit finnischen Truppen zum Schutz der finnischen Engineering Company entsandt.

Weiterführende Literatur

Laffan, Brigid: Managing Europe from home in Dublin, Athens and Helsinki. A comparative analysis, in: West European Politics, 29 (September 2006) 4, S. 687-708.

10 Siehe dazu Erklärung des Außenministers zum Friedensprozess im Nahen Osten, Seanad Éireann, 26.4.2006.